



metallforderung

EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE
MOBILITÄTS- UND ENERGIEWENDE

Für eine schnellere Energie- und Wärmewende

Die Beschleunigung der Energiewende ist das zentrale Projekt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie. Sie ist bei der Stromerzeugung auf einem guten Weg. Deutschland ist fast völlig aus der Atomkraft ausgestiegen, der Kohleausstieg ist beschlossen, die erneuerbaren Energien steigern ihren Anteil stetig. Gleichzeitig aber steigt der Bedarf an erneuerbarer Energie dramatisch an. Die Mobilitätswende gelingt nur durch weitgehende Elektrifizierung und der Wärmebedarf in den Bereichen Industrie und Gebäude ist enorm. Auch die Grundstoffindustrie und dabei besonders die Stahlindustrie benötigen künftig riesige Mengen erneuerbarer Energie.

Der schnellere Ausbau und die Schaffung von Akzeptanz für erneuerbare Energien sind daher die Kernaufgabe der Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft. Notwendig ist eine verlässliche und transparente Entwicklung der erforderlichen Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir brauchen verlässliche Ausbaupfade für Wind- (on- und offshore) und Solarenergie, um einen Anteil von mindestens 65 Prozent, besser 70 Prozent erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2030 zu erreichen. Dazu sind deutlich erhöhte jährliche Ausschreibungen nötig. Zum künftigen Strombedarf muss die Bundesregierung realistischere Annahmen treffen. Mobilität, Grundstoffindustrie und Wärmesektor sind noch nicht ausreichend berücksichtigt.



Die IG Metall fordert

- ▶ Bund, Länder und Kommunen müssen zu mehr Akzeptanz für neue Anlagen beitragen, für Flächenverfügbarkeit sorgen und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- ▶ Der Netzausbau muss an die steigenden Bedarfe angepasst werden, die Stromnetze müssen mit Hochdruck ausgebaut werden einschließlich intelligenter Verteilnetze und neuer Speichertechnologien.
- ▶ Der Strompreis muss gesenkt werden. Daher: EEG-Umlage abschaffen und aus Steuern finanzieren, Stromsteuer absenken, alle Abgaben und Umlagen auf den Strompreis überprüfen.
- ▶ alle Maßnahmen entlang der Zielstellung auszurichten, industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu stärken, Beschäftigung zu erhalten und neue Industriearbeitsplätze zu schaffen

Auch die Wärmewende muss entschiedener vorangetrieben werden. Bei Gebäuden sollte die Modernisierungsrate mindestens auf 2 Prozent pro Jahr verdoppelt werden. Hier müssen die Technologieoptionen von Wärmepumpen über erneuerbare Wärmeerzeuger bis zu synthetischen Brennstoffen für den klimaneutralen Wärmemarkt weiterentwickelt werden, im Sinne einer Gesamtstrategie für den Wärmemarkt. Auch die Fernwärme muss ausgebaut werden.

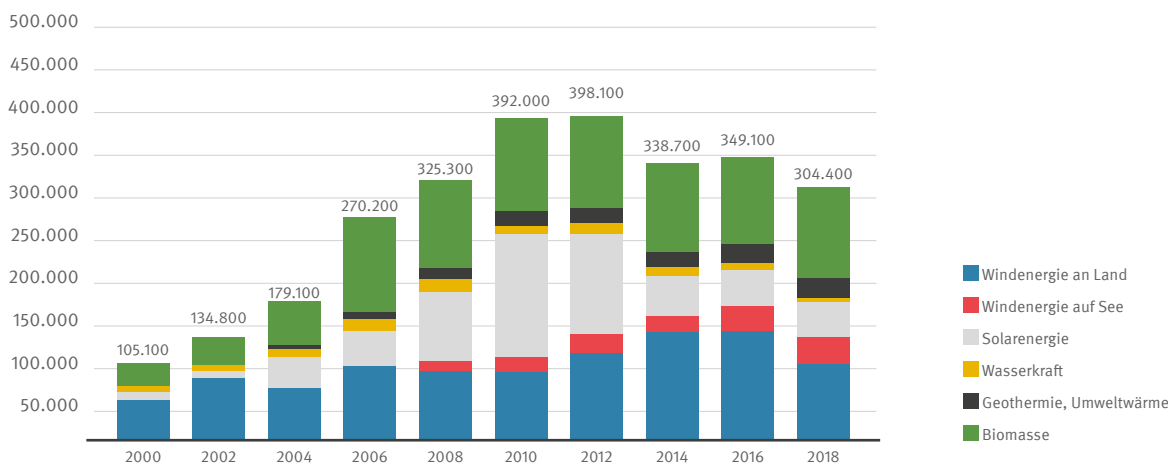
Die Energiewirtschaft muss dabei insgesamt neu ausgerichtet werden, im Energieanlagen- und Kraftwerksbau muss neue Energietechnik gefördert werden, zum Beispiel für Hochtemperaturwärme, Kraft-Wärme-Kopplung oder Kohlenstoffnutzung in der Industrie. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, müssen auch flexible Gaskraftwerke neu gebaut werden. Die vorhandene Gasnetzinfrastruktur ist zusätzlich für die Versorgung mit „grünem Gas“ zu nutzen.

FAIRWANDEL

Wahl 21



Bruttobeschäftigung durch erneuerbare Energien



Quelle: eigene Darstellung nach BMWi

Einbruch beim Ausbau der Windenergie heißt auch Abbau von Beschäftigung.

Wasserstoff als zweite Säule der klimaneutralen Energieversorgung

Zentrale Voraussetzung für eine CO₂-neutrale Industrie ist darüber hinaus der Aufbau einer tragfähigen und nachhaltigen Wasserstoffinfrastruktur. Wasserstofftechnologien können in vielen Bereichen zur Dekarbonisierung beitragen, sie sind daher auch für zukünftige Wertschöpfung und Beschäftigung zum Hoffnungsträger geworden. Klimafreundlich sind sie aber nur, wenn der Wasserstoff mit Hilfe von erneuerbarer Energie gewonnen wird.

Da der Energiebedarf sehr hoch ist, gibt es klare Prioritäten bei der Nutzung: zuerst da, wo es keine Alternative gibt. Das gilt für die Grundstoffindustrien (Stahl, Chemie, Zement), in großen Teilen für den Luft- und Seeverkehr, auch für den Schwerlast- und Teile des Schienenverkehrs. Der Ausbau von Produktion und Infrastruktur ist zentral. Die Kapazitäten für Elektrolyseure sollten bis 2030 auf mindestens 10 GW hochlaufen.



Die IG Metall fordert

- ▶ Förderprogramme und Investitionszuschüsse für den Anlagenbau für Elektrolyseure
- ▶ Schaffung/Nutzung/Weiterentwicklung geeigneter Infrastruktur, Umwidmung bestehender Fern-Erdgasleitungen
- ▶ Partnerschaften für Import von grünem Wasserstoff nach fairen Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards, für die Übergangsphase auch Import von sogenanntem blauem Wasserstoff (gewonnen mit Kohlendioxid-Speicherung „CCS“) für Anwendungen ohne technische Alternative
- ▶ Etablierung grüner Leitmärkte, z. B. durch Beschaffungsquoten und Ausschreibungen des Staates zur Produktion von grünem Wasserstoff
- ▶ Ergänzung der Programme zur Dekarbonisierung, Schwerpunkt Stahlbranche und Energieanlagenbau. Gesetzliche Quote für grünen Wasserstoff

Weiterführende Informationen:



www.igmetall.de/wahl21